

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Elb-Druckerei Nr. 2102
Zel.-Nr. 1 Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Druckerei: H. G. Dörmig, Dresden
Postfach-Nr. 212 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-N. O.
Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Dörmig & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Berner Dresden.

Erscheint täglich mit der Beilage „Agrar-Worte“ und „Wirt.“ und Fremdenliste. Bezugspreis: Monatsblatt 2.00, außer Postgebühren; bei den deutschen Postanstalten 2.10. — Einzelverkaufspreis: 10 Pf. — Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Abzahlung des Bezugsabts. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Preßlau. Bei unvollständigen Abonnements ist Nachzahlung zu leisten. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden. Anzeigen werden bis einschließlich 10 Uhr abends mit 15 Pf. berechnet, Resten bis 4 Uhr abends mit 20 Pf. — Anzeigen und Resten mit Nachdruck und späteren Sorten werden mit 30 Pf. pro Zeile berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Einzelne Abteil gilt als Reklamations- und kann zurückgefordert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Erscheinen der Zeitung die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Eingeklagung der Anzeigenbeiträge fällt der bezugsfähige Rabatt fort.

Nr. 273

Blasewitz, Freitag, 24. November 1922

84. Jahrgang

Offizieller Regierungsantritt Cunos.

Der „Vorwärts“ warnt vor einer Schwänkung der Wirtschaftspolitik. — Regierungserklärung erst am Freitag

Clemenceau wirbt um Amerika.

Genève, 23. November. (Durch Funknachricht.) In seiner gestern abend gehaltenen Rede erklärte Clemenceau, er sei hierher gekommen, um hier die Freundschaft Amerikas für Frankreich zu erhalten. Clemenceau fuhr fort: Ich glaube, daß wir ein Recht auf Garantien haben, die eine weitere Invasion verhindern. Wissen Sie, daß die Deutschen Kanonen zu Hunderten bauen? Haben Sie vergessen, was die Deutschen in Spanien getan haben? Es ist und eine gute Grenze garantiert worden; wir haben sie nicht bekommen. Woodrow Wilson sagte zu mir: Wenn Sie auf den Rhein vorzudringen wollen, so werde ich Ihnen andere Garantien schaffen. Ich verspreche Ihnen, daß ich bei Wilson mein Bestes tun will, um dies auch von ihm zu erreichen. Wissen Sie, wie sehr verständlich ist, daß ich dem meine Zustimmung geben, aber die Angelegenheit unterliegt natürlich der Genehmigung durch den Kongress. Indessen bedeutet die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten der Ansicht Wilsons sich nicht angeschlossen haben, nicht, daß das Versprechen nicht hätte gehalten zu werden brauchen, und glauben Sie, daß wir, weil unsere Alliierten ihr Versprechen nicht gehalten haben, wirklich wegschauen und unsere Grenzen offen lassen? Nein, nein, die Grundsätze ist für mich, ob Amerika es in irgendeiner Weise übernehmen könnte, seine Aussprüche mit England und Frankreich zu erneuern, und zwar nicht, etwa, um irgend etwas zu versprechen, was Amerika in Zukunft zu irgend etwas verpflichten würde, was es während des Krieges nicht getan hätte.

Nach dem Vordrücken trat Clemenceau besonders der Behauptung entgegen, Frankreich sei militärisch und imperialistisch. Dabei sei es seit Wiedergang zweimal überfallen worden. Warum werde von den Amerikanern Deutschland nicht als militärisch behandelt? Er komme nicht um Deutschland dieses nachzuliegen, er wolle Frankreich verteidigen. Es habe diese Meinungsverschiedenheiten zwischen den Franzosen und den Deutschen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Deutschen und der Welt. Die Welt hat sich automatisch geschlossen werden müssen, als Deutschland die 14 Punkte des Präsidenten Wilson annahm, da diese die Triebkräfte der Welt seien, d. h. sowohl der Amerikaner wie die Franzosen darstellten. Aber wenn die Franzosen gewillt hätten, daß vier Jahre später die versprochenen Garantien noch immer nicht vorhanden sein würden, wären sie bis nach Berlin marschieren. Die Amerikaner hätten ihre Garantien erlassen in der Aufgabe des englisch-amerikanischen Bündnisses. England die seinen in der Bekämpfung der deutschen Flotte. Warum sollten die Franzosen nicht auch ihre Garantien erlassen? Man könne bemerken, daß Deutschland einen neuen Revanchekrieg vorbereite. Wie könnten die Amerikaner diese offensichtliche Tatsache übersehen.

Der neue Kalif.

Paris, 22. November. Nach einer Vereinbarung verkauft aus Konstantinopel, das amtliche Mitglieder der Dynastie Osman und die hervorragenden Persönlichkeiten von Konstantinopel sich einem von Sultan Abdülmehid II. beabsichtigen, wo der neue Kalif Abdülmehid II. residieren, um ihm die türkische Regierung zu übertragen. In einer Veröffentlichung wird von neuen Kalifen als von seiner Wahl gesprochen, während der Titel Kaiserliche Majestät fortzuführen ist. Es sollen 15 Mitglieder der Nationalversammlung von Angora zur Einsetzungskommission ernannt werden, bei der die heiligen Reliquien des Propheten der Geburt des neuen Kalifen übergeben werden. Die Zeremonie ist auf Freitag festgesetzt worden. Die Fehde im alten Serail hat, hinsichtlich wird in der Doh-Bibliothek ein Gemälde abgehalten werden.

Die Uebergabe der Geschäfte.

Das neue Ministerium vollständig.
Berlin, 23. Nov. Gestern nachmittags um 5 Uhr fand eine gemeinsame Sitzung des alten und des neuen Kabinetts statt, in der Dr. Brüch seine Abschiedsanrede im Namen des scheidenden Kabinetts hielt und die Geschäfte dem neuen Reichskanzler übergab. Im Anschluß an die gemeinsame Sitzung fand das neue Kabinett. Dr. Cuno (Dem.) hat inzwischen seine Bereitwilligkeit zur Übernahme des Reichsinnenministeriums erklärt und ist zum Reichsminister des Innern ernannt worden, während zum Reichsminister des Auswärtigen der bisherige Gesandte in London, v. Rosenburg ernannt worden ist, der noch am Mittwochabend in Berlin eintraf. Das neue Ministerium setzt sich nunmehr wie folgt zusammen: Cuno, Reichskanzler; Dr. Cuno, Reichskanzler und Justizminister (Vollpartei); v. Rosenburg, Auswärtiges Amt; Dr. Cuno, Inneres (Demokrat); Dr. Hermes, Finanzen (Zentrum); Dr. Helfferich, Wirtschaft (Vollpartei); Dr. Brauns, Arbeit (Zentrum); Müller-Bronn, Ernährung (Zentrum); Groener, Verkehr; Stiegl, Post (Bayr. Volkspartei); Dr. Albert, Schatzministerium; Dr. Schuler, Reichswehr (Demokrat); Hamann, Staatssekretär des Reichskanzlers (Demokrat); Dr. Brandt, Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums (Demokrat).

Die Regierungserklärung wird sich im allgemeinen auf die letzte Rede an die Reptilien aufbauen. Die Abgabe der Regierungserklärung erfolgt am Freitag nachmittags. Der Reichstaatspräsident hat den Abgeordneten von dieser Absicht der Regierung telegraphisch Mitteilung machen lassen. In der Donnerstag-Vienatsitzung des Reichstages werden die Beratungen über die Geschäftsordnung weitergeführt werden.

Der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Dr. Hemmer und der Chef der Pressestelle, Ministerialdirektor Oskar Müller, haben ihre Ämter dem neuen Reichspräsidenten bei seinem Amtsantritt zur Verfügung gestellt. Dr. Cuno hat nach einer Aussprache unter Anerkennung der dargelegten Gründe die Gesuche um Enthebung von ihren Ämtern angenommen. Zum Chef der Reichskanzlei ist der frühere bayrische Staatsminister und Reichstagsabg. Dr. Hamann in Aussicht genommen. Ueber die Besetzung des Postens des Chefs der Pressestelle ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Lausanne.

Entspannung in den Verhandlungen?
Paris, 23. Nov. Poincaré erstattete gestern dem Ministerialrat über die Unterredung, die er in Lausanne mit Mussolini und Lord Curzon geführt hat, Bericht. Nach hier eintreffenden Meldungen aus Lausanne glaubt man an eine allgemeine Entspannung in den Verhandlungen mit der Türkei. mit Lord Curzon und Mussolini gehabt hat. Von unterrichteter Seite verlautet, daß Poincaré von Mussolini gegenüber Deutschland wichtige Zugeständnisse erhalten habe. Mussolini hält das Vorgehen Frankreichs gegenüber Deutschland für durchaus berechtigt und steht auf dem Standpunkt, daß auch der sehr gefährliche Einfluß Russlands auf Deutschland energisch bekämpft werden müsse. Ähnliche Verträge zwischen Frankreich und Italien sollen in kürzester Frist unformuliert werden. Frankreich wolle Italien große Zugeständnisse in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht machen. Ita-

Berliner Vorkessungen.

Berlin, 23. Nov. Die Berliner Presse nimmt heute noch einmal durchgängig Stellung zur offiziellen Regierungserklärung Cunos. Das „Berl. Tagebl.“ hebt seine schon geäußerten Bedenken teilweise bekräftigt und drückt die Erwartung aus, daß das Ministerium seine Haltung als Übergangskabinet nicht vermissen und daß die einer raschen Mehrheit entsprechende Umbildung im Reich erhalten werde. Das „Schiff“ des neuen Kabinetts hänge von der Regierungserklärung ab. In der Ernennung Dr. Cunos zum Minister des Innern sieht das Blatt einen großen Vorteil für das Kabinett Cuno. — Der „deutschnationale Tag“ nimmt an, daß die Regierung sehr bald mit der Sozialdemokratie in Kontakt kommen dürfte. Das Blatt erwartet, daß sie aus der dann geschlossenen Lage die Folgerung in der Richtung zieht, daß sie ihre Unterthänigkeit bei den deutschnationalen sucht. — Der „Vorwärts“ wendet sich wieder scharf gegen die alten neuen Männer und erlaubt, alle Verantwortlichkeiten zu haben, eine Schwächung der Wirtschaftspolitik zu befürchten. Er warnt davor und sagt, daß die Regierung am Widerstand der Arbeiterschaft scheitern werde, wenn sie nicht alle Mittel in Bewegung setze, um wieder zu rascheren Verhältnissen zu gelangen.

Die erste Drohung des „Temps“ gegen Cuno.
Paris, 23. Nov. Der „Temps“ nimmt dagegen Stellung, daß die Alliierten Deutschland einen Finanzierungsplan vorlegen wollen. Das Blatt meint, daß es Deutschlands Sache sei, einen solchen Plan anzunehmen und von der Entente prüfen zu lassen. Wenn die neue deutsche Regierung finanzielle Vorschläge habe, so solle sie diese vorlegen, im anderen Falle würden sich die Alliierten dann einzeln besetzt machen, und zwar würde Frankreich sich zu diesem Zweck an die Reichskammer halten, die es in seinen Händen hat oder doch zum mindesten in Reichweite habe.

Paris, 23. Nov. „Le Nouvelliste“ schreibt zur Regierung Cuno: Wir haben eine Regierung vor uns, die trotz ihrer nationalistischen Tendenzen die wirkliche deutsche Meinung nicht besser repräsentiert, als die Regierung mit sozialistischer Tendenz. Das Ganze bleibt unzufrieden. — Der „Populaire“ vertritt sich auf dem Standpunkt, daß der französische nationale Block indirekt an der Bildung des Ministeriums Cuno mitgearbeitet habe, jetzt aber sei er beunruhigt, denn er wisse, daß die politischen Freunde von Stannes viel weniger geneigt seien, als alle anderen, die leeren Kassen Frankreichs mit Goldmax zu füllen.

haben, mit Frankreich eine Militärkonvention einzugehen, die in einem Punkte mit der deutsch-französischen Militärkonvention Übereinstimmung haben soll.

Die französischen Grenzen.

Lausanne, 22. Nov. Die erste Kommission erörtert heute die Frage der französischen Grenzen. Zuerst Pasha forderte die Grenze von 1913 und eine Volksabstimmung für Ostfrankreich. Benzelos verlangte die Grenze von 1915. Ritschlich wandte sich an den Geist der Versöhnlichkeit und wünschte, daß die Grenze an der Maritima gezogen werde unter Entmilitarisierung einer bestimmten Zone. Er bekämpfte die Volksabstimmung. Duca-Rumänien unterstützte die Anregungen des französischen Ministers.

London, 22. Nov. Einer Blättermeldung aus Paris zufolge wird dort offiziell mitgeteilt, daß Frankreich beschließen habe, Nordburgen zu behalten und es den Rumänen nicht abzutreten. Aus Aleppo werde die Errichtung von Verkeimsanlagen gemeldet.

Der „Großherzog“ in Lausanne.

Signor Mussolini, den seine Anhänger den „duce supremo“, den Großherzog nennen, sieht jetzt zum ersten Mal im Kreise europäischen Staatsmänner. Ob ihm selbst dabei sehr wohl zumute ist und ob er sich nicht im Stillen nach den Beiräten und Versammlungstrüben seiner leichter zu lenkenden Hoffnungen fragen mag, wissen wir nicht. Aber sicher ist, das diejenigen Deutschen, die das Auftreten des neuen Mannes feiern, jetzt nicht genug bewundern konnten und nach über die unglaublich arrogante, mehr muskulöse als ingenieure Rede des Grobherzogs Rom in der italienischen Kammer Entzünden verurteilten, — daß diese Deutschen schon nach dem ersten Auftreten ihres Eintagsadlers in Lausanne abgetaucht sein werden. Denn Mussolini, der schon in seiner Haltung gegenüber Deutschland zeigte, daß er einen Rückfall in jenen Geist bedeutet, der vor vier Jahren die Welt beherrschte und über den man jetzt noch und nach hinaus zu gelangen hoffte, — Mussolini ließ die Gelegenheit nicht vorbegehen, zu beweisen, daß er auch bezüglich des Reparationsproblems noch einmal von vorne anzufangen gedenkt, daß er auch hier die Dinge noch einmal in einen Zustand zurückzuführen beabsichtigt ist, aus dem wir uns allmählich zu entfernen hofften. Es ist für einen Mann, der vor seinem Regierungsantritt so löbliche Reden führte, natürlich notwendig, möglichst bald einige seiner Versprechungen zu verwirklichen. Zu diesen Versprechungen gehörte beinahe ausschließlich und unerschütterliche Wahrung der heiligen Rechte Italiens. Diese heiligen Rechte sind zum guten Teil auch im Friedensvertrag und seinen Ergänzungsabkommen enthalten oder werden mindestens von ihnen tangiert. Und so muß Mussolini eben von den Friedensverträgen zu reden anfangen, und, obwohl es sich in Lausanne um nichts anderes als um die Orientfrage handelt, nämlich auch alle möglichen anderen Dinge in die Debatte werfen, darunter selbstverständlich auch das Reparationsproblem.

Es ist leicht, auf diese Weise der sogenannten „Mittelschicht“ einer Konferenz zu werden. Aber alle Wünsche über den Haufen werfen und sich nicht scheuen, eine Zeitlang rüchlos jedermann vor den Kopf zu stoßen, ist selbstverständlich ein Mittelstück, und es fragt sich nur, wie lange es dauern wird, bis er sich mit solchem Schaden überall unendlich gemacht haben wird. Bei Mussolini hat dieser Prozeß ziemlich rasch begonnen, schon während seiner ersten Rede, in der er lange und gekühn über Italiens große Opfer im Kriege sprach, verbarb Voincaré nicht sein Mißbehagen und Lord Curzon schnitt den Redefuß schließlich mit der Bemerkung ab, man sei ja nicht hierher gekommen, um sich über die Vergangenheit, sondern über die Zukunft zu unterhalten. Und die Unredlichkeit und Zurückhaltung war aller Wahrscheinlichkeit nach erst ein Vorläufer für noch peinlichere Dinge. Denn Mussolini scheint entschlossen, auch das Reparationsproblem in Lausanne aufs Tapet zu bringen; und zwar keineswegs im Sinne einer Revision zum Guten, sondern im Geiste jenes dummen, blinden Egoismus, der nun schon von jahrelanger Entwürdigung so deutlich wie nur möglich überleuchtet worden ist. Was Mussolini wünscht, ist eine Erhöhung des italienischen Anteils an den Reparationen. Dieser Anteil ist in Spa auf zehn Prozent festgesetzt worden, aber Mussolini hält den gegenwärtigen Zeitpunkt, in der jeder den